

Jonas Wolff

## Vom “Argentinazo” zu Néstor Kirchner. Krise und Überleben der argentinischen Demokratie (2001-2007)

### 1. Einleitung<sup>1</sup>

The survival of Argentine democracy is, in any event, one of the most striking and yet under-appreciated outcomes of the 2001-2002 crisis. Few democracies in the world have survived such a severe economic disaster. [...] Given Argentina's history of regime instability, this was an extraordinary achievement (Levitsky/Murillo 2003: 162).

Die Krise, die Argentinien in den Jahren 2001 und 2002 erschütterte, hat viele Gesichter (Battistini 2002; Boris/Tittor 2006; Epstein/Pion-Berlin 2006; Fiorucci/Klein 2004; Levitsky/Murillo 2005). Als “Argentinienkrise” reihte sich der Zusammenbruch des argentinischen Wirtschaftsmodells der 1990er Jahre in einer parallelen Schulden-, Währungs- und Bankenkrise in die Serie von Finanzkrisen ein, die – ausgehend von der “Mexikokrise” – 1994/1995 die inhärente Instabilität eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus neoliberaler Prägung von immer Neuem unter Beweis stellten. Als “Argentinazo” stehen die von Massenprotesten, gestürzten Präsidenten und brutaler Repression gekennzeichneten Tage des Dezember 2001 für den Höhepunkt einer neuen Welle sozialer Mobilisierung, die weit über diesen Höhepunkt hinaus sowohl von neuen Protestformen und -akteuren als auch von neuen Dynamiken sozialer Organisation im lokalen Raum gekennzeichnet waren. Der enge Blick auf den *estallido social*, den protestförmigen Sturz des gewählten Präsidenten Fernando de la Rúa, verweist schließlich auf die politisch-institutionelle Dimension der Krise: die ernste Erschütterung der argentinischen Demokratie.

Jede dieser Facetten der Argentinienkrise hat unterschiedliche Fragen aufgeworfen und entsprechend diverse Interpretationen und Analysen ange-

---

1 Der vorliegende Beitrag beruht auf meinem Promotionsvorhaben, das an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) durchgeführt und von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) unterstützt wurde. Er greift neben der Dissertation selbst (Wolff 2008) insbesondere auf die Präsentation zentraler Ergebnisse in Wolff (2009) zurück.

regt.<sup>2</sup> Der vorliegende Beitrag greift aus diesem Spektrum möglicher Themen die im Eingangszitat von Steven Levitsky und María Victoria Murillo benannte Beobachtung heraus und widmet sich dem erstaunlichen Überleben der argentinischen Demokratie an. Im Zentrum steht mithin die Analyse des Übergangs von der offenen “Krise der Repräsentation”, die sich in den Massenprotesten um die Jahreswende 2001/2002 ausdrückte, zur Regierung Néstor Kirchners, deren erste Jahre durch die Rückkehr zu politischer Stabilität und sozialem Frieden gekennzeichnet waren. Damit wäre auch der Zeitraum der Untersuchung benannt, der durch die beiden Jahre der offenen Krise (2001/2002) und die Präsidentschaft Kirchners (2003-2007) markiert wird. Bevor ich mich der eigentlichen Analyse der Restabilisierung der argentinischen Demokratie zuwenden kann (Abschnitt 3), müssen allerdings zunächst Ursachen und Hintergründe ihrer Krise (Abschnitt 2) knapp zusammengefasst werden. Beide Dimensionen – Ursachen der Krise und Erfolgsbedingungen der Restabilisierung – stehen nahe liegender Weise in einem engen Zusammenhang. Das Argument, das im Folgenden entfaltet wird, lautet dabei: Die schnelle Stabilisierung der argentinischen Demokratie nach der Krise erklärt sich durch die erfolgreiche Bearbeitung der akuten, eher konjunkturellen Krisenursachen im politischen und wirtschaftlichen Bereich, während aber die strukturellen Krisenhintergründe in beiden Bereichen lediglich sehr selektiv bzw. primär symbolisch angegangen wurden. Der Erfolg dieser begrenzt-kurzfristig orientierten Krisenbearbeitung basiert insbesondere auf zwei Arten “glücklicher” Umstände: einer extrem positiven Weltkonjunktur und den Binnendynamiken sozialen Protests.

## 2. Die Krise: Ursachen und Hintergründe des “Argentinazo”<sup>3</sup>

In den letzten Tagen des Jahres 2001 brach sich die wirtschaftliche und politische Krise in den Straßen der argentinischen Hauptstadt Bahn. Töpfe und

2 Für Untersuchungen der ökonomischen Dimension der Krise und konkret der Ursachen, des Verlaufs und der Bearbeitung der wirtschaftlichen Krisensituation siehe exemplarisch Boris/Tittor (2006: 25-66), Godio (2004) und Llach (2004). Zu Analysen der gesellschaftlichen “Antworten” auf die Krise und namentlich den mehr oder minder neuen Formen und Dynamiken sozialer (Protest-)Bewegung siehe etwa Auyero (2005), Battistini (2002), *Colectivo Situaciones* (2003), Svampa/Pereyra (2004) sowie zuletzt Blank (2009). Zur politisch-institutionellen Dimension der Krise schließlich siehe im Überblick Epstein/Pion-Berlin (2006), Levitsky (2008) und Levitsky/Murillo (2005).

3 Zum folgenden Kapitel siehe ausführlich Wolff (2008: 122-157); zu den genannten und weiteren Protestdaten siehe die Grafiken in Wolff (2008: 428-429); für einen Überblick zu ausgewählten Indikatoren sozialer Entwicklung siehe Tabelle 2 in Wolff (2008: 418).

Pfannen schlagende Demonstranten drängten sich in den Straßen von Buenos Aires, Plünderungen von Supermärkten und Straßensperren im ganzen Land vermittelten den Eindruck anarchischer Zustände. Am 20. Dezember schließlich floh Präsident Fernando de la Rúa per Hubschrauber aus dem Präsidentenpalast. Der Versuch, die "soziale Explosion" per Ausnahmezustand und Repression niederzuschlagen, hatte etwa 30 Tote und mehrere hundert Verletzte gefordert, die Proteste aber lediglich weiter angeheizt.<sup>4</sup> Mit dem Rücktritt des gewählten Präsidenten im Kontext nicht enden wollender Massenproteste stürzte das politische System Argentiniens in eine ernste Krise (Levitsky 2008: 107). Drei Übergangspräsidenten folgten De la Rúa nach und gaben ihrerseits auf – getreu dem Motto der protestierenden Massen: "¡Que se vayan todos!" ("Alle sollen abhauen!"). Eduardo Duhalde, der vierte Interimspräsident innerhalb von zehn Tagen, konnte sich zwar im Amt halten, aber die Massenproteste nahmen kein Ende. Offizielle Quellen verzeichnen allein für Januar und Februar 2002 landesweit je über 2.500 Protestaktionen. Während des gesamten Jahres 2002 kam es zu über 1.000 Kochtopfdemonstrationen (*cacerolazos*), und im Zusammenhang mit den Protesten der Arbeitslosenbewegungen (*piqueteros*) wurden für das erste Halbjahr 2002 monatlich zwischen 100 und über 300 Straßenblockaden gezählt. Als am 26. Juni 2002 Polizeikräfte zwei protestierende *piqueteros* erschossen, sah sich Duhalde gezwungen, die für 2003 vorgesehenen Neuwahlen um ein halbes Jahr vorzuziehen.

Auch wenn Form und Ausmaß des "Argentinazo" für Beobachter wie Beteiligte überraschend kamen, an hinreichenden Ursachen für eine Eskalation von Massenprotesten fehlte es nicht. Dabei lassen sich zwei zentrale Krisendimensionen unterscheiden, die jeweils eine breiter strukturelle und eine akut konjunkturelle Seite besitzen. Einerseits sind (strukturell) die sozioökonomischen Folgen des von der Regierung Carlos Menem etablierten Wirtschaftsmodells zu nennen, die sich (konjunkturell) mit dem offenen Zusammenbruch des "Modells" in der simultanen Schulden-, Währungs- und Bankenkrise ab Dezember 2001 dramatisch zuspitzten. Andererseits sind (wiederum strukturell) politisch-institutionelle Charakteristika der argentinischen Demokratie zu identifizieren, die sich (konjunkturell) mit dem Scheitern der Regierung Fernando de la Rúa in eine generalisierte "Krise der Repräsentation" übersetzten.

---

4 Zu den Ereignissen des 19. und 20. Dezember 2001 vgl. exemplarisch *Colectivo Situaciones* (2003), Godio (2002: 121-152) und Jozami (2003: 19-49).

Der Kern des wirtschaftlichen Modells der 1990er Jahre bestand in der festen Bindung des argentinischen Peso an den US-Dollar. Diese drastische Maßnahme wechselkursbasierter Stabilisierung war zunächst außerordentlich erfolgreich als Mittel gegen die Hyperinflation, die Menem von seinem Vorgänger Raúl Alfonsín geerbt hatte. In Verbindung mit den damals üblichen Maßnahmen neoliberal orientierter Strukturanpassung (Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung) gelang zu Beginn der 1990er Jahre eine eindruckliche Wachstumspolitik. Ab Mitte des Jahrzehnts liefen allerdings die kurzfristigen Wachstumseffekte der Wirtschaftsreformen aus, und die feste Wechselkursbindung erwies sich mehr und mehr als ökonomische Zwangsjacke. Im Kontext weltweiter Finanzkrisen von Südostasien bis Brasilien geriet Argentinien ab 1998 in eine mehrjährige Phase der Rezession und Deflation. Armut und Arbeitslosigkeit nahmen entsprechend zu, die soziale Ungleichheit verschärfte sich. Als Folge dieser Situation verbreitete sich ab Mitte der 1990er Jahre das Phänomen der Arbeitslosenbewegungen und der von ihnen vorangetriebenen Straßensperren über das Land (Svampa/Pereyra 2004) – 2001 und 2002 sollten diese sogenannten *piqueteros* zu einem zentralen Akteur der Massenproteste werden.

Ab Ende 2001 spitzte sich die wirtschaftliche und soziale Situation dramatisch zu. Nach einem Massenansturm auf die Banken und einer gigantischen Kapitalflucht im November rief die Regierung De la Rúa am 1. Dezember eine Kontensperre aus: Bargeldabhebungen wurden auf 1.000 Pesos pro Monat begrenzt, Auslandsüberweisungen waren ab sofort genehmigungspflichtig. Dieser berühmt-berüchtigte *corralito* trocknete die noch verbliebenen formellen Wirtschaftsaktivitäten aus und machte die Situation insbesondere für Kleinsparer, Kleinhandel und generell für die städtischen Mittelschichten endgültig untragbar. Gleichzeitig legte die Regierung einen Haushaltsentwurf für 2002 vor, der weitere drastische Sparmaßnahmen vorsah. Davon unbeeindruckt, entschied der Internationale Währungsfonds (IWF), die zuletzt noch mit enormen Krediten unterstützte Regierung fallen zu lassen, und verweigerte die Auszahlung einer anstehenden Kredittranche. Die nun unvermeidliche Aufhebung der Bindung der argentinischen Währung an den US-Dollar führte Anfang 2002 zu einem freien Fall des Peso, dessen Kurs von 1:1 auf zeitweise 1:4 sank. Unterdessen blieben die Bankguthaben unvermindert eingefroren. Im Jahr 2002 brach das Bruttoinlandprodukt real um 11%, nominal um über 60% ein, während die Armutsrate auf über 50%, die Arbeitslosenrate auf über 20% anstieg.

Eng verbunden mit dieser sich allmählich verschärfenden und schließlich explodierenden sozioökonomischen Krise ist das umfassende Scheitern der Regierung De la Rúa (Birle 2002). Von enormen Hoffnungen begleitet, hatte 1999 das Mitte-Links-Bündnis *Alianza* die Menem-Ära beendet. Neben den sozialen Versprechen (Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit) stand die Wahlplattform *Alianza* auch für eine Abkehr von den delegativen und illiberalen Regierungspraktiken, für die die Präsidentschaft Menems geradezu idealtypisch stand: Korruptionsbekämpfung, Unabhängigkeit der Justiz, mehr Transparenz waren zentrale Ankündigungen. Der hilflose Versuch, die feste Wechselkursbindung über immer neue Sparmaßnahmen zu retten, lief allerdings den ursprünglich in Aussicht gestellten sozialen Verbesserungen diametral entgegen, und in markantem Kontrast zum Versprechen auf *good governance* erschütterte ein massiver Korruptionsskandal bereits nach zehn Monaten die neue Regierung. Gleichzeitig setzte De la Rúa nicht auf einen auf Transparenz, Inklusion und Dialog setzenden Kurs: Ganz nach dem Muster delegativer und technokratischer Herrschaft wurden sozial- und wirtschaftspolitische Entscheidungen in einem kleinen Zirkel ausgewählter Vertrauter und Verwandter des Präsidenten getroffen. Die Parlamentswahlen vom Oktober 2001 machten dieses Scheitern offensichtlich, mehr noch: Sie signalisierten klar die Unfähigkeit des bestehenden politischen Systems zur Repräsentation breiter Bevölkerungsteile. Angesichts der Tatsache, dass das gesamte Parteienspektrum des Landes in direkter Regierungsverantwortung offensichtliche Mitschuld an den ersten sozioökonomischen und politisch-institutionellen Problemen trug, gaben rund vier Millionen Argentinierinnen und Argentinier (etwa ein Viertel der Wähler) ungültige Proteststimmen ab. Gleichwohl hielt die Regierung De la Rúa ungerührt an ihrem Kurs wirtschaftspolitischer Kontinuität fest – bis zum offenen Zusammenbruch.

### 3. Die Restabilisierung: Néstor Kirchner im Kontext<sup>5</sup>

Wenn einleitend von einer erstaunlich schnellen Rückkehr zu politischer Stabilität und sozialem Frieden die Rede war, dann mit Blick auf den auffälligen Kontrast zwischen der Situation zur Jahreswende 2001/2002 und der Lage seit Amtsantritt Néstor Kirchners im Mai 2003. Mit Blick auf die politische Stabilisierung gelang es zunächst Interimspräsident Duhalde, sich bis zu regulären Neuwahlen im Amt zu halten, und sein Nachfolger Kirchner,

---

5 Zum folgenden Kapitel siehe ausführlich Wolff (2008: 158-214); zu den genannten und weiteren Protestdaten siehe die Grafiken in Wolff (2008: 428-429) sowie Ichaso (2009).

mit lediglich 22% gewählt, etablierte sich schnell als unumstrittener Staatshauptmann, der über seine Amtszeit hinweg ausweislich Umfragen auf um die 70% Unterstützung zählen konnte. Auch die soziale Pazifizierung verlief in Etappen, wie ein Blick in die Proteststatistiken zeigt. Die Supermarktplünderungen (*saqueos*), die im Dezember 2001 mit 864 Vorfällen ein Massenphänomen waren, konnten ab Januar 2002 völlig unterbunden werden. Die Zahl der *cacerolazos* fiel von 1.173 im Jahr 2002 auf etwa 40 in den Jahren 2003 und 2004. Eher graduell ging dagegen die Anzahl der Straßensperren zurück: von landesweit 2.336 im Jahr 2002 auf jährlich zwischen 1.200 und 1.300 (2003-2005) und 600 bis 800 (2006-2007).<sup>6</sup>

Wie nun ist zu erklären, dass eine Bevölkerung vom massenhaften Ruf des „¡Que se vayan todos!“<sup>7</sup> auf überwältigende Zustimmung zu einem Präsidenten umschaltete, der als Peronist, ehemaliger Provinzgouverneur und Kandidat des Interimspräsidenten Duhalde kaum für einen radikalen Bruch mit der alten politischen Elite stand? Gängige Erklärungsstränge betonen die Bewältigung der ökonomischen und sozialen Krise über einen pragmatischen „Neo-Desarrollismo“ (3.1), die Aufnahme der wesentlichen Protestforderungen durch Kirchner („K-Effekt“) (3.2) und die spezifischen, insbesondere dem Peronismus zugeschriebenen Fähigkeiten zur heterodoxen politischen Stabilisierung (3.3). Sie allesamt liefern wichtige Teilelemente, tendieren allerdings dazu, die Eigenleistungen der argentinischen Regierungspolitik zu hoch, die Grenzen der Krisenbewältigung dagegen zu niedrig einzuschätzen (3.4).

### 3.1 Sozial- und wirtschaftspolitische Krisenbewältigung: „Neo-Desarrollismo“?

Die Linderung der schlimmsten sozialen Folgen der Wirtschaftskrise war unabdingbar für die 2002 zu beobachtende allmähliche Abkühlung der Proteste. Unmittelbar nach Amtsantritt legte Interimspräsident Duhalde eine Reihe sozialer Nothilfeprogramme auf, um die Supermarktplünderungen und Arbeitslosenproteste in den Griff zu bekommen. Die wichtigste Maßnahme war ein monatlicher Geldtransfer in Höhe von 150 Pesos (etwa 50 Euro) an die Vorstände arbeitsloser Haushalte: Dieser *Plan Jefes y Jefas de Hogar* trat

6 Unter der Regierung Cristina Fernández de Kirchner ist die Anzahl der Proteste insbesondere im Rahmen der Konflikte mit den Agrarverbänden 2008 wieder massiv angestiegen.

7 Auf dem Höhepunkt der Krise fand der Slogan in Umfragen unter der argentinischen Bevölkerung fast 70% Zustimmung (<<http://www.pagina12.com.ar>>, 18.12.2005).

im April 2002 in Kraft und erreichte ein Jahr später rund zwei Millionen Haushalte (Golbert 2004). Da ein großer Teil der Kosten des Programms über Sonderabgaben (*retenciones*) vor allem für Primärgüter- und Agroindustrie-Exporte finanziert wurde, implizierte der *Plan* eine gewisse Umverteilung zwischen den stärksten Gewinnern (Großexporteure) und den schwächsten Verlierern (Arbeitslose) der Krise.

Während die sozialen Nothilfeprogramme effektiv den Ausbruch neuer *saqueos* verhinderten, unterband die Regierung zugleich eine übliche Quelle sozialer Unruhen im Zuge von Finanz- und Währungskrisen: massiv steigende Tarife für öffentliche Dienstleistungen (Gas, Wasser, Telefon etc.). So wurden die Tarife der privatisierten öffentlichen Versorgungsunternehmen entgegen vertraglichen Vereinbarungen zunächst eingefroren und im Laufe der Jahre nur sehr graduelle und moderate Anpassungen an Abwertung und Inflation zugelassen. Auch in Bezug auf das Finanzsystem gelang der Regierung eine Lösung, die – bei allen Problemen und Ungerechtigkeiten – mit Blick auf das Ziel wirtschaftlicher und politischer Stabilisierung erfolgreich war. Im Zuge einer asymmetrischen Entdollarisierung (*pesificación*) wurden Dollar-Schulden zum alten Kurs von 1:1 umgewandelt, Einlagen dagegen auf 1,40 Peso/US\$ umgestellt. Dies verhinderte den massiven Ruin von verschuldeten Unternehmen und (Mittelschicht-)Haushalten, denen die Aufwertung ihrer Dollar-Schulden drohte. Den Banken, die die Wechselkursdifferenz zu tragen hatten, sicherte die Regierung entsprechende Kompensationen zu. Die Kleinsparer blieben damit die Hauptleidtragenden; die schrittweise Freigabe der Bankkonten ab der zweiten Hälfte des Jahres 2002 sowie die partielle Entschädigung in Pesos und Staatsanleihen genügte aber, um diesen Konfliktherd zu entschärfen.

Basis der staatlichen Handlungsspielräume, die sich hier zeigt, war die offizielle Erklärung der Zahlungsunfähigkeit. Mit Ausnahme der Verpflichtungen gegenüber den multilateralen Finanzinstitutionen setzte die argentinische Regierung den Schuldendienst aus – die entsprechenden Ersparnisse bildeten den größten Posten der Sparpolitik, auf die auch die Regierung Duhalde unvermindert setzte und von der lediglich die sozialen Notmaßnahmen ausgenommen waren. Zur gleichen Zeit stellte die drastische Abwertung des Peso bei nominal relativ stabilen Preisen und Löhnen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wieder her. Mit einer pragmatischen Politik, die Roberto Lavagna seit seinem Amtsantritt als Wirtschaftsminister im April 2002 verfolgte und deren Kennzeichen ein Fokus auf Binnenmarkt und öffentliche Investitionen sowie eine aktive Geld- und Währungspolitik

waren, konnte die Währung auf gewünscht niedrigem Niveau (3 Peso/US\$) stabilisiert, eine inflationäre Spirale verhindert und die Depression überwunden werden. Der neue Wechselkurs, der nicht nur die Exporte förderte, sondern zugleich zum Einbruch der nun nicht mehr finanzierbaren Importe führte, ermöglichte die erste positive Leistungsbilanz seit 1990. Vor allem arbeitsintensive Branchen der Textil- und Metallindustrie profitierten von dieser "natürlichen" Importsubstitution bei niedrigen Reallöhnen; den Exportboom dominierten allerdings Primär- sowie agrarnahe Industriegüter (Getreide, Soja, Fleisch, Öl). In diesem Kontext – und angesichts relativ begrenzter Preissteigerungen sowie einem Gesetz, das Kündigungen verteuerte – konnte die Regierung Duhalde die Gewerkschaftszentralen des Landes zu einer Art "Waffenstillstand" bewegen.

Kirchner intensivierte diesen unter Duhalde eingeleiteten wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs, den Julio Godio (2004) als neo-keynesianischen "Neo-Developmentalism" bezeichnet hat (siehe auch Ferrer 2007). Auf der einen Seite kurbelten öffentliche (Sozial- und Infrastruktur-)Investitionen die Wirtschaft an, dienten Exportabgaben fortgesetzt als redistributive Maßnahmen u.a. zur Finanzierung von Sozialprogrammen und wurden inflationäre Tendenzen nicht durch eine restriktive Geld- und/oder Fiskalpolitik, sondern durch Preisabsprachen und -kontrollen, gezielte Exportbeschränkungen sowie teils offene Boykottandrohungen bearbeitet. Andererseits entsprach ein kontinuierlicher Primärüberschuss dem Anspruch auf fiskalische Verantwortlichkeit, und ein begrenzter Reallohnanstieg bei stabil niedrigem Wechselkurs sicherte die internationale Wettbewerbsfähigkeit, während die – zugegebenermaßen kaum orthodoxen – Strategien der Inflationsbekämpfung Preissteigerungen einigermaßen unter Kontrolle hielten. Zugleich wendete sich Kirchner deutlich gegen Ansprüche externer Akteure: Zwar beglich auch der neue Präsident seine Schulden gegenüber dem IWF, verweigerte aber wirtschaftspolitische Auflagen und sagte sich schließlich Ende 2006 vom IWF los; gegenüber den internationalen privaten Gläubigern setzte die Regierung Anfang 2005 eine massive Schuldenreduktion in Höhe von 60-70% durch (Cibils 2006).

### 3.2 Politische Krisenbewältigung: "K-Effekt"?

Die erstaunliche Restabilisierung der argentinischen Demokratie wird häufig mit Verweis auf den "K-Effekt" erklärt – das Phänomen, dass es Kirchner gelang, die massive Ablehnung des gesamten politischen Establishments in kürzester Zeit in eine öffentliche Zustimmung zu seiner Person von bis zu



80% zu wenden.<sup>8</sup> Der neue Präsident, lediglich als geringeres Übel gegenüber Expräsident und Gegenkandidat Menem ins Amt geraten,<sup>9</sup> etablierte sich schnell als derjenige, der die Agenda der Proteste vom 19. und 20. Dezember 2001 aufnahm. Bereits in seiner Antrittsrede rechnete er scharf mit der Vergangenheit ab und verkündete: "Veränderung ist der Name der Zukunft" (Kirchner 2003: 3). Wie bereits gesehen, intensivierte er im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie im Verhältnis zu internationalen Finanzinstitutionen und Gläubigern die Abkehr vom neoliberalen Modell der 1990er Jahre. Und auch mit Blick auf die politisch-institutionelle Dimension ergriff Kirchner Maßnahmen, die eine "De-Menemisierung" des Landes signalisierten. So trieb er den Rücktritt der mit zahlreichen Korruptionsvorwürfen belasteten Richter des Obersten Gerichtshofs voran, die in den 1990er Jahren Menems "automatische Mehrheit" gebildet hatten, und reformierte den Prozess der Richterernennung. Er erneuerte die Führungsriegen in Militär und Bundespolizei, ging das Problem der Straflosigkeit mit Blick auf die massiven Menschenrechtsverletzungen unter der früheren Militärdiktatur offensiv an und forcierte u.a. die Aufhebung der Amnestiegesetze. Mit Ricardo Sidicaro (Natanson 2004: 39-40) lässt sich der "K-Effekt" also mit dem weit verbreiteten Eindruck erklären, der neue Präsident meine es ernst mit einer Strategie des demokratischen Wandels, die traditionell-peronistische Werte (soziale Inklusion, nationale Entwicklung) mit liberal-demokratischen Normen (Transparenz, Menschenrechte) versöhne.

Eine weitere Facette der politischen Strategie Kirchners bestand in der Öffnung gegenüber den diversen (ehemaligen) Protestgruppen sowie sozialen Organisationen im Allgemeinen. Mit Menschenrechtsgruppen, wichtigen Vertretern der *piquetero*-Bewegung sowie den Gewerkschaftsverbänden knüpfte er enge Verbindungen. Über die intensive Kommunikation mit Menschenrechtsgruppen und die angesprochenen Veränderungen der vergangenheitsorientierten Menschenrechtspolitik brachte Kirchner etwa *Madres de Plaza de Mayo* um Hebe de Bonafini dazu, Anfang 2006 nach 25 Jahren ihre jährlichen Proteste auf der *Plaza* einzustellen, weil "der Feind nicht mehr im Regierungspalast" sitze (<<http://www.pagina12.com.ar>>, 27.01.2006). Mit

---

8 Siehe hierzu und zum Folgenden exemplarisch Bodemer (2006), Boris (2005), Natanson (2004), Wolff (2008: 176-280) sowie ausführlich Arzadún (2008).

9 Zur Stichwahl zwischen Kirchner und Menem kam es nicht, weil Menem angesichts prognostizierter gut 70% für Kirchner seine Kandidatur zurückzog. Diese Zustimmungswerte waren allerdings noch weitgehend der massiven Ablehnung des Expräsidenten Menem geschuldet.

den wichtigsten Arbeitslosenbewegungen schloss der Präsident faktische Allianzen und nahm wichtige Repräsentanten in Ministerien auf (Levitsky 2008: 115). Und im Verhältnis zu den Gewerkschaften etablierte die Regierung auf der Basis von arbeitsrechtlichen und lohnpolitischen Zugeständnissen an die formal Beschäftigten und engen Kontakten zu ihren offiziellen Vertretungen eine Form des "segmentierten Neokorporatismus" (Etchemendy/Collier 2007).<sup>10</sup> Diese konkreten Allianzen verbanden sich schließlich in einer allgemeinen Strategie der parteipolitischen Strömungen übergreifenden Vereinigung des progressiven Mitte-Links-Spektrums. In der Tat scharten sich um Kirchners Projekt der *transversalidad* nicht nur "kirchneristische" soziale Organisationen, sondern – ganz im Sinne der Konzeption – auch wichtige Strömungen und Personen etwa der *Unión Cívica Radical* und der Sozialistischen Partei.

Das Signal, das die Wahl und Präsidentschaft Kirchners an die Bevölkerung sendete, war mithin der genaue Kontrapunkt zu den Parlamentswahlen vom Oktober 2001, die den Ausbruch der "Krise der Repräsentation" angekündigt hatten. Während 2001 keine der Parteien glaubhaft einen Anspruch auf Wandel vertreten konnte und mithin den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit, Unzufriedenheit und Veränderungswillen in formal-demokratischer Weise zu artikulieren, genommen war, stellte sich die Situation 2003 deutlich anders dar. Nun bot die Wahl reale, programmatische wie personelle Alternativen: Die fünf einigermaßen aussichtsreichen Kandidaten präsentierten sich als Repräsentanten einer schlichten Rückkehr in die Vergangenheit des kurzfristig so erfolgreichen Modells der 1990er Jahre (Carlos Menem), eines um den Faktor Korruption bereinigten Neoliberalismus (Ricardo López Murphy), eines an Duhaldes pragmatische Stabilisierungspolitik anknüpfenden, neo-keynesianisch gewendeten Peronismus (Néstor Kirchner), eines populistisch auftretenden, traditionellen Peronismus (Adolfo Rodríguez Saá) sowie einer gegen Neoliberalismus und Korruption stehenden, protestnahen Mitte-Links-Alternative zum herkömmlichen Parteiensystem

---

10 Auch diese Strategie systematisierte und intensivierte allerdings lediglich Tendenzen, die bereits vor Kirchner eingeleitet worden waren. Schon Rodríguez Saá, der im Dezember 2001 kurzzeitig zum Interimspräsidenten bestimmt worden war, hatte als einer seiner ersten Amtshandlungen neben den beiden Flügeln des peronistischen Gewerkschaftsdachverbands CGT auch Vertreter des konkurrierenden Gewerkschaftsverbands CTA, der beiden größten Arbeitslosenbewegungen (FTV, CCC) sowie der beiden Flügel der Menschenrechtsorganisation *Madres de Plaza de Mayo* empfangen. Und auch unter Duhalde waren regelmäßige Dialoge der Regierung mit einem breiten Spektrum (ehemaliger) Protestakteure an der Tagesordnung (Wolff 2008: 172).

(Elisa Carrió). Mit offen "anti-menemistischen" Kandidaten wie Kirchner und Carrió erhielt die Bevölkerung so die Möglichkeit, das argentinische Modell der 1990er Jahre – nach der protestförmigen Destitution des Dezember 2001 – nun auch offiziell abzuwählen. Nach der Wahl folgte Kirchner – wie gesehen – dem klar mehrheitlichen Wunsch nach "De-Menemisierung" und leitete entsprechende Reformen auch tatsächlich ein. Dies ermöglichte wiederum die benannten Öffnungs- und Allianzstrategien.

Der "K-Effekt" verweist mithin nicht zuletzt auf die Fähigkeit der argentinischen Demokratie – und der sie prägenden politischen Eliten – zur flexiblen Anpassung an Protest und Krise. Und damit sind wir beim dritten Erklärungsstrang, der die Rolle "des Peronismus" betont.

### 3.3 Heterodoxe Stabilisierung: "Der Peronismus"?

Ein dritter Erklärungsstrang, der nicht alternativ, sondern komplementär zu den ersten beiden Teilerklärungen zu lesen ist, betont idiosynkratische Charakteristika der argentinischen Politik, die insbesondere mit den Eigenheiten der peronistischen Tradition, Bewegung und Partei zusammenhängen. So verweist Levitsky (2008: 110) mit Blick auf den politischen Erfolg der sozialen Notmaßnahmen unter Duhalde auf die starken Netzwerke des peronistischen Parteiapparats gerade in städtischen Armen- und Arbeitervierteln, über die nicht nur ganz praktisch die Verteilung der Unterstützungsleistungen laufen konnte, sondern die dabei zugleich einer (partei-)politischen Inkorporation bis Kooptation dieser sozialen Schichten und konkret etwa der Arbeitslosenbewegungen dienten. Die neuen Sozialprogramme halfen mithin, die parteipolitischen Patronage-Netzwerke wiederzubeleben, die in den 1980er und 1990er Jahren zum primären Mechanismus der Bindung der unteren Schichten an Partei und Staat geworden waren, mit der Finanzkrise der öffentlichen Hand aber unter starken Druck gerieten.

Dies verweist, allgemeiner gefasst, auf die Befähigung der peronistisch geführten Regierungen Duhalde und Kirchner zu informellen Formen der selektiven Konfliktbearbeitung. So ermöglichte es die Verteilung von Sozialprogrammen wie dem genannten *Plan Jefes y Jefas* Präsident Kirchner, "kooperative" Arbeitslosenorganisationen zu belohnen und dabei zugleich zu stärken und politisch einzubinden, während sich weiterhin auf Konfrontation setzende *piqueteros* als unverbesserliche "Radikale" marginalisieren und mitunter gar kriminalisieren ließen (Wolff 2007: 20-27). Auch das Projekt der *transversalidad* lässt sich in diesem Sinne als informelle Einbindungsstrategie interpretieren, wurde doch das Spektrum der diversen Kirchner

unterstützenden sozialen und politischen Organisationen kaum in institutionalisierte Strukturen politischer Intermediation – etwa über die Peronistische Partei – zusammengeführt, sondern blieb ein Netz weitgehend informeller und häufig personalistischer Allianzen, zusammengehalten von der gemeinsamen Orientierung auf den Präsidenten (Arzadún 2008: 93-101, 137-148).

Zudem gelang es der Peronistischen Partei, die Präsidentschaftswahl 2003 nicht nur erfolgreich zu überstehen, sondern in Gestalt der drei peronistischen Kandidaten über 60% der Stimmen auf sich zu vereinigen (Levitsky 2008: 111). Dieser Erfolg war offensichtlich nicht das Ergebnis einer geschickten Parteistrategie, sondern das Resultat nicht überbrückbarer persönlicher und programmatischer Differenzen. Das Resultat ist gleichwohl eindeutig und spiegelt die außergewöhnliche programmatische Flexibilität und Anpassungsfähigkeit des Peronismus: Das Spektrum insbesondere peronistischer Kandidaturen strukturierte die Wahl im April 2003 nicht nur als inner-systemische Auseinandersetzung, in der Forderungen nach radikalen Veränderungen von politischem System und/oder Entwicklungsmodell keine nennenswerte Rolle mehr spielten, sondern schließlich gar als rein innerperonistischen Wettbewerb. Die Fähigkeit zur beständigen Neuerfindung ermöglichte es der Peronistischen Partei, nachdem sie unter Menem bereits das ursprünglich peronistische Gesellschafts- und Entwicklungsmodell abgewickelt hatte, nun unter Kirchner wiederum die Abkehr vom Modell der 1990er Jahre zu organisieren.<sup>11</sup>

### 3.4 Randbedingungen und Grenzen der politischen Krisenbearbeitung

Spätestens die politischen Schwierigkeiten, in die die Regierung “der Kirchners” unter Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner geraten ist, haben die inhärenten Schwächen des “Projekts K” offengelegt. Diese gehen allerdings zu wichtigen Teilen bereits auf die inhärenten Grenzen der bisher nachgezeichneten Krisenbewältigung zurück, die die Bearbeitung sowohl der sozioökonomischen als auch der politisch-institutionellen Krisenursachen betreffen.

Mit Blick auf die sozioökonomische Lage sind die positiven Folgen sowohl der konjunkturellen Erholung als auch der aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zu leugnen. Allerdings ist ebenso klar, dass die Rückkehr zu politischer Stabilität spürbaren sozialen Verbesserungen zumindest deut-

---

11 Zu den schwierigen parteiinternen Auseinandersetzungen, die Kirchners politisches Projekt innerhalb des *Partido Justicialista* erzeugte, siehe umfassend Arzadún (2008).

lich vorausging. So lagen auch 2006 Armut (34%), extreme Armut (12%) und Arbeitslosigkeit (14%) noch immer – und teils deutlich – über dem Vor-Krisen-Niveau und hatten damit weiterhin für Argentinien historisch extrem hohe Ausmaße (Cibils 2006: 11, Fußnote 14; Ferrer 2007: 8). Ausbleibende Verbesserungen der extremen sozialen Ungleichheit zeigen, dass von einer signifikant auf Umverteilung setzenden Politik keine Rede sein kann. Entsprechende Reformen – etwa des regressiven Steuersystems – blieben vollständig aus. Auch wurden Preissteigerungen zwar administrativ begrenzt, die oligopolistischen Strukturen (etwa in der Vermarktung von Agrarprodukten), die zumindest teilweise hinter der Inflation steckten, aber nicht angetastet. Weit unterdurchschnittlich ansteigende Löhne im öffentlichen Dienst verdeutlichen zudem die fortgesetzte Fiskaldisziplin, und auch die Reallöhne im informellen Sektor konnten die krisenbedingte Entwertung nicht aufholen.<sup>12</sup> Der wirtschaftliche Erfolg war eben nicht zuletzt auch Folge der brutalen „automatischen“ Anpassung der Reallöhne, Arbeitsbedingungen und Staatsausgaben, die Wirtschaftskrise und Abwertung mit sich brachten.

Ähnliches gilt für die politisch-institutionellen Reformen, die Kirchner unter den Schlagworten „Rechtsstaat“, „effektive Demokratie“, „korrekte Regierungsführung“ und „effektive Herrschaftsausübung nach transparenten und rationalen Regeln“ versprochen hatte (Kirchner 2003). Mit Ausnahme der umfassenden Aktivitäten zur Aufarbeitung der Militärdiktatur blieben die Reformen, die sich der oft benannten „Defizite“ der demokratischen Institutionen Argentiniens annehmen sollten, widersprüchlich. So folgte etwa auf die Restrukturierung des Obersten Gerichtshofs eine Gesetzesänderung, die die Kontrolle der Exekutive über die Richterernennung ausbaute (Levitsky 2008: 118). Allgemein restaurierte Kirchner zwar das Vertrauen in einen handlungsfähigen und an demokratischen Mehrheiten ausgerichteten Staat, sein Regierungsstil entsprach allerdings keineswegs dem eigenen inklusiven und liberalen Anspruch. In klassisch populistischer Manier bediente er sich der direkten Ansprache der Bevölkerung und stützte sich insbesondere auf die unmittelbare Zustimmung des Volks in als Plebiszit inszenierten Wahlen, Massenmobilisierungen und Umfragen. Die Einbindung sozialer und politischer Alliiierter blieb, wie bereits erwähnt, größtenteils informeller

---

12 Von der Abwertung bis Anfang 2007 konnten lediglich die Löhne der privat Beschäftigten mit einer nominalen Gesamtsteigerung von 121,2% die Inflation von insgesamt 91,3% ausgleichen, während die nominalen Lohnsteigerungen der informell (53,3%) oder öffentlich Beschäftigten (41,6%) deutlich hinter der Geldentwertung zurückblieben (<<http://www.pagina12.com.ar>>, 05.01.2007).

und letztlich personalistischer Natur. Institutionalisierte Strukturen von Partizipation und Kontrolle möglichst umgehend, vermied er Kabinettsitzungen und regierte zu wichtigen Teilen über Exekutiv-Dekrete und (legislativ eingeräumte) Vollmachten (Wolff 2008: 181-182; Arzadún 2008: 93-101). Dementsprechend folgte die wiedergewonnene Anerkennung des politischen Systems in den Augen der Bevölkerung weniger einem allgemein erneuerten Vertrauen in die demokratischen Institutionen als der persönlichen Beliebtheit Kirchners: Die Zustimmung zu politischen Parteien, Parlament und Justizsystem blieb weiterhin extrem niedrig (*Latinobarómetro* 2005: 9).

Vor diesem Hintergrund einer politischen Krisenbewältigung, die primär auf die konjunkturell und nur sehr selektiv und oberflächlich auf tiefer liegende Krisenursachen einging, sind zu guter Letzt zwei (aus Regierungssicht) "glückliche" Randbedingungen zu nennen, ohne die sich der Erfolg politischer Restabilisierung nicht verstehen lässt. Hier ist erstens auf die äußerst positiven weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verweisen, unter denen sich der Wiederaufschwung der argentinischen Wirtschaft entfalten konnte. Rasant ansteigende Exportzahlen und entsprechend wachsende Fiskaleinnahmen verdankten sich insbesondere der weltweit boomenden Nachfrage nach landwirtschaftlichen und agrarnahen Exportgütern. Dies ermöglichte graduellen sozialen Fortschritt, ohne vitale Interessen der Wenigen zu gefährden, und den Respekt vor bestehenden Macht- und Wohlstandsverhältnissen, ohne eine erneute (protestförmige) Abwendung der Vielen zu provozieren (Boris/Tittor 2006: 115-119).

Mit Blick auf diese Vielen ist allerdings zweitens auch auf die inhärenten Grenzen der protestförmigen Mobilisierung zu verweisen, die für ein Verständnis der erfolgreichen Restabilisierung zentral sind (Wolff 2009: 224-225). So korrespondiert der im Laufe des Jahres 2002 einsetzende Rückgang sozialer Proteste direkt mit Dynamiken aufseiten der Protestakteure, die auf die systematisch beschränkten kollektiven Handlungsfähigkeiten der relevanten sozialen Gruppen verweisen. Jenseits einiger weniger Tage der regelrechten "sozialen Explosion" Ende 2001 blieben die Proteste hochgradig fragmentiert. Ihr gemeinsamer Horizont blieb auf die allgemeine Ablehnung des Status quo begrenzt; eine programmatische Agenda, der sich relevante Teile der protestierenden Gesellschaft hätten anschließen können, fehlte. Die heterogene Protestallianz, die aus "alten" und "neuen" Armen, Arbeitslosen, Unter- und informell Beschäftigten, Bewohnern irregulärer Vorstadtsiedlungen und organisierten Arbeitern, abgestiegenen und vom Abstieg bedrohten Mittelschichten bestand, zerfiel schnell in ihre Einzelteile. Die Protestfor-

men spiegeln dies: Wenig bis nicht organisierte, spontane und unmittelbar krisengetriebene Proteste (*saqueos*, *cacerolazos*) auf der einen Seite, Straßenblockaden, die konkrete materielle Unterstützung verlangten (*piqueteros*), auf der anderen Seite traten an die Stelle der Generalstreiks, der langfristigen Prozesse landesweiter Organisation und der partei- und/oder ideologie-basierten Massenmobilisierung früherer Jahre. Mit Blick auf die Arbeitslosenorganisationen trugen ihr Fokus auf den (und ihre Abhängigkeit vom) Kampf um staatliche Hilfsleistungen, die Notwendigkeit, sich auf die konkreten Anforderungen der je partikularen lokalen Basis zu konzentrieren, und die wachsende Schwierigkeit, "die Regierung" als den die Bewegung vereinigenden gemeinsamen "Feind" zu präsentieren, zur internen Fragmentierung der Bewegung bei – die Basis für die erfolgreiche Strategie des *divide et impera*, die die Regierung Kirchner forcierte (Wolff 2007: 21-27).

Erst vor dem Hintergrund dieser Randbedingungen wird der Erfolg der oben skizzierten Krisenbewältigung verständlich. Nur aufgrund der multiplen Heterogenität der "Protestfront" konnten die vorgezogenen Wahlen 2003 zu einer Refokussierung der politischen Auseinandersetzung auf die Konkurrenz unterschiedlicher Repräsentanten des "alten" politischen Systems führen – statt zu einer Übersetzung der Systemkritik in die politischen Institutionen. Lediglich im Kontext der weitgehenden Fragmentierung bzw. Selbst-Demobilisierung der Protestgruppen konnte sich der Peronist Kirchner als Erbe der "sozialen Explosion" etablieren und genügten die – mit Blick auf sozioökonomische Besserstellung wie politische Inklusion – begrenzten Offerten von Duhalde und Kirchner, um die *piqueteros* erfolgreich aufspalten, teils integrieren und teils marginalisieren zu können.

#### 4. Schlussbemerkungen

Acht Jahre nach dem "Argentinazo" ist das Bild, wie meistens, ambivalent. Einerseits hat die "soziale Explosion" des Dezember 2001 zu markanten Veränderungen in der argentinischen Politik geführt, die zentrale, in den Massenprotesten artikulierten Forderungen zumindest partiell reflektieren. Insofern ließe sich von einem Demokratisierungseffekt sprechen: Demokratische Wahlen boten wieder reale Entscheidungsalternativen, der Glaube an die Handlungsfähigkeit des Staates und die Gestaltungsrolle der Politik wurden wiederhergestellt, die Regierungspolitik wurde wieder stärker an Mehrheitsforderungen der Bevölkerung rückgekoppelt, und das politische System wurde gegenüber einem breiteren Spektrum organisierter gesellschaftlicher Gruppen geöffnet. Allerdings verblieb diese faktische Vertiefung von De-

mokratie nicht nur begrenzt, sondern zudem weitgehend informeller Natur. Dies hat Konsequenzen sowohl für die Qualität als auch für die Nachhaltigkeit der krisen- und protestgetriebenen "Vertiefung von Demokratie".

Erstens gilt zwar, dass etwa "die" *sectores populares* – und konkret "die" Arbeitslosen und "die" Arbeiter – gesteigerte Möglichkeiten politischer Beteiligung erlangten und mehr politisches Gehör fanden – dies allerdings faktisch in Gestalt einer selektiven Auswahl jeweils dominierender Verbände bzw. der einzelnen, gut mit der Regierung vernetzten Führungsfiguren. "An der Basis" besaß (und besitzt) das relativ gesteigerte Ausmaß an politischer Einbindung und materieller Teilhabe oftmals die Gestalt klientelistischer Beziehungsmuster. Formalisierte politische Repräsentations- und Partizipationsmuster, etwa über Partei und Parlament, spielten dabei eine deutlich geringere Rolle. Der direkte Draht zur dominanten Exekutive bzw. in den Präsidentenpalast blieb entscheidend. Zweitens ist ein primär auf informelle, um eine Führungsfigur zentrierte Allianzen gestütztes Regierungsprojekt offensichtlich angewiesen auf die dauerhafte und unumstrittene Bindungskraft der besagten Führungsfigur – bzw. des Führungspaares. Letztlich haben "die Kirchners" weder innerhalb der peronistischen Partei noch mit Blick auf das soziopolitische Bündnis der *kirchneristas* auch nur leidlich stabil institutionalisierte Strukturen politischer Organisation, Partizipation und Intermediation aufgebaut.

Wie man derzeit beobachten kann, rächt sich all dies, wenn der Nimbus der erfolgreichen Krisenbewältiger verblasst, wenn die externen Rahmenbedingungen des ökonomischen Erfolgs prekär werden und die Grenzen sozial- und wirtschaftspolitischer Veränderungen deutlich machen und wenn sich die Mitte-Rechts-Opposition in Politik und Gesellschaft neu zu formieren beginnt. Mit Blick auf ein solches Szenario der erneuten politischen Destabilisierung, das sich 2008 mit dem Agrarkonflikt bereits andeutete, lässt sich aus dem "Argentinazo" und seinen Folgen lediglich eine ziemlich pauschale, aber gleichwohl gewichtige Schlussfolgerung ziehen: Die argentinische Demokratie verfügt über enorme Fähigkeiten der Reproduktion in und durch Krisen, ihre offene Gefährdung ist mithin extrem unwahrscheinlich; mit kleineren und auch größeren Krisen *innerhalb* des Regimes dagegen ist weiterhin zu rechnen (Levitsky 2008: 104). Die "Instabilität als Konstante" argentinischer Politik (Carreras 2002) hätte damit zumindest die Form geändert – bei allen Ambivalenzen und fortbestehenden Problemen doch immerhin eine uneingeschränkt gute Nachricht.



## Literaturverzeichnis

- Arzadún, Daniel (2008): *El peronismo: Kirchner y la conquista del reino*. Buenos Aires: Sudamericana/Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina y el Caribe (COPPPAL).
- Auyero, Javier (2005): "Protest and Politics in Contemporary Argentina". In: Levitsky, Steven/Murillo, María Victoria (Hrsg.): *Argentine Democracy. The Politics of Institutional Weakness*. University Park: The Pennsylvania State University Press, S. 250-268.
- Battistini, Osvaldo (Hrsg.) (2002): *La atmósfera incandescente. Escritos políticos sobre la Argentina movilizada*. Buenos Aires: Asociación Trabajo y Sociedad.
- Birle, Peter (2002): "Erfolgreiches Wahlbündnis – gescheiterte Regierungskoalition. Entstehung und Zerfall der Alianza-Regierung in Argentinien". In: *Lateinamerika Analysen*, 1, 3, S. 93-124.
- Blank, Martina (2009): *Zwischen Protest und trabajo territorial. Soziale Bewegungen in Argentinien auf der Suche nach anderen Räumen*. Berlin: Tranvia.
- Bodemer, Klaus (2006): "Argentinien: Vom Kollaps zur Konsolidierung? – Eine Zwischenbilanz der Regierung Kirchner". In: Internationaler Arbeitskreis Lateinamerika (Hrsg.): *Argentinien in der Krise*. Mainz: Johannes Gutenberg-Universität, S. 34-58.
- Boris, Dieter (2005): "Vom temporären Hegemonieverlust zum stabilen 'Normal-Kapitalismus'? Argentinien vier Jahre nach der großen Krise". In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hrsg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?* Hamburg: VSA, S. 136-162.
- Boris, Dieter/Tittor, Anne (2006): *Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen*. Hamburg: VSA.
- Carreras, Sandra (2002): "Instabilität als Konstante? Entwicklungslinien Argentinien im 20. Jahrhundert". In: Birle, Peter/Carreras, Sandra (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 19-51.
- Cibils, Alan (2006): "Till Debt Do Us Part. Lessons from Argentina's Experience with the IMF, Debt and Financial Crises". In: <<http://americas.irc-online.org/pdf/reports/0609debt.pdf>> (08.01.2007).
- Colectivo Situaciones (2003): *¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien*. Berlin: Assoziation A.
- Epstein, Edward C./Pion-Berlin, David (Hrsg.) (2006): *Broken Promises? The Argentine Crisis and Argentine Democracy*. Lanham: Lexington Books.
- Etchemendy, Sebastián/Collier, Ruth Berins (2007): "Down But Not Out: Union Resurgence and Segmented Neocorporatism in Argentina (2003-2007)". In: *Politics & Society*, 35, 3, S. 363-401.
- Ferrer, Aldo (2007): "La recuperación de la economía argentina". In: *Diplomacia, Estrategia y Política*, 7, S. 7-25.
- Fiorucci, Flavia/Klein, Marcus (Hrsg.) (2004): *The Argentine Crisis at the Turn of the Millennium. Causes, Consequences and Explanations*. Amsterdam: Aksant.
- Godio, Julio (2002): *Argentina: en la crisis está la solución. La crisis global desde las elecciones de octubre de 2001 hasta la asunción de Duhalde*. Buenos Aires: Biblos.
- (2004): "The 'Argentine Anomaly': From Wealth through Collapse to Neo-Developmentalism". In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 2, S. 128-146.

- Golbert, Laura (2004): *¿Derecho a la inclusión o paz social? Plan Jefas y Jefes de Hogar Desocupados* (Serie Políticas Sociales, 84). Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL).
- Ichaso, Josefina (2009): "Desde 1997 se han registrado casi 17.500 cortes de ruta y vías públicas". In: <<http://www.nuevamayoria.com>> (01.10.2009).
- Jozami, Ángel (2003): *Argentina. La destrucción de una nación*. Barcelona: Mondadori.
- Kirchner, Néstor (2003): "Mensaje Presidencial del Dr. D. Néstor Carlos Kirchner a la Honorable Asamblea Legislativa". In: <<http://www1.hcdn.gov.ar/dependencias/dip/Nuevo/mensaje.pdf>> (28.09.2005).
- Latinobarómetro (2005): "Informe Latinobarómetro 2005". In: <<http://www.latinobarometro.org>> (23.02.2007).
- Levitsky, Steven (2008): "Argentina: Democracy and Institutional Weakness". In: Domínguez, Jorge I./Shifter, Michael (Hrsg.): *Constructing Democratic Governance in Latin America*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 99-123.
- Levitsky, Steven/Murillo, María Victoria (2003): "Argentina Weathers the Storm". In: *Journal of Democracy*, 14, 4, S. 152-166.
- (Hrsg.) (2005): *Argentine Democracy. The Politics of Institutional Weakness*. University Park: The Pennsylvania State University Press.
- Llach, Lucas (2004): "A Depression in Perspective: The Economics and the Political Economy of Argentina's Crisis of the Millenium". In: Fiorucci, Flavia/Klein, Marcus (Hrsg.): *The Argentine Crisis at the Turn of the Millenium. Causes, Consequences and Explanations*. Amsterdam: Aksant, S. 40-63.
- MECON (Ministerio de Economía República Argentina) (2004): *Argentina. Indicadores Económicos*. März. In: <<http://www.mecon.gov.ar>> (02.09.2005).
- Natanson, José (2004): *El presidente inesperado. El gobierno de Kirchner según los intelectuales argentinos*. Rosario: Homo Sapiens.
- Svampa, Maristella/Pereyra, Sebastián (2004): *Entre la ruta y el barrio. La experiencia de las organizaciones piqueteras*. Buenos Aires: Biblos.
- Wolff, Jonas (2007): "(De-)Mobilising the Marginalised. A Comparison of the Argentine Piqueteros and Ecuador's Indigenous Movement". In: *Journal of Latin American Studies*, 39, 1, S. 1-29.
- (2008): *Turbulente Stabilität. Die Demokratie in Südamerika diesseits ferner Ideale*. Baden-Baden: Nomos.
- (2009): "Der innere Frieden der Demokratie diesseits ferner Ideale. Zum erstaunlichen Erfolg demokratischer Stabilisierung und Pazifizierung in Südamerika". In: Bussmann, Margit/Hasenclever, Andreas/Schneider, Gerald (Hrsg.): *Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 209-234.